

Emser Zeitung

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis



Labn-Bote

Druckpreis: 1.—15. Mai 1924 Milliarden, Anzeigenpreise: Die einsp. Millimeter-Zeile 8 G.-Btg., auswärtige, amtl. Bekanntmachungen u. Verteilung 12 G.-Btg., 26 G.-Btg. Die Preise werden mit dem Emser Multiplikator berechnet.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Notationsdruck und Verlag: G. Göt. Sommer, Bad Ems. Sub: D. Jäger Dellingsdorf. Geschäftsstelle Kömerstr. 95. Telefon 7. Verantwortliche Schriftleitung: G. A. Bloch

Amtliches Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Nummer 117 Bad Ems, Montag den 19. Mai 1924 75. Jahrgang

Hannover bleibt bei Preußen. — Keine Aussicht auf Beendigung des Ruhr-Streiks.

Endergebnis der Abstimmung in Hannover

Hannover, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht) Bei der Gesamtwahl der Abstimmungsbevollmächtigten nämlich 1770 000 haben 439 961 mit ja gestimmt. So jedoch die Anhänger einer Trennung Hannovers von Preußen ein Drittel der Gesamtzahl der Abstimmungsbevollmächtigten also 399 000 Stimmen ausbrachten, hat die Abstimmung für den Verbleib Hannovers bei Preußen entschieden.

Schiedspruch im Ruhrbergbau

Berlin, 18. Mai. Nach dreitägigen Verhandlungen ist über die Arbeitsverhältnisse im Ruhrbergbau am 16. Mai abends ein Schiedspruch gefällt worden, dessen wesentlicher Inhalt folgender ist:

1. Der Tarifvertrag für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier vom 1. August 1922 (Mahnentwurf) ist in seinem wesentlichen Bestandteil bis zum 30. Juni 1925 verlängert worden. Besonders zu betonen ist hier lediglich, daß die vor den Bergleuten zu beziehende Deputatskasse unverändert geblieben und der Preis auf 40 Goldmarken pro Tonne festgesetzt worden ist.
2. Es ist mit sechsmonatiger Kündigungsfrist kündbar und löst, falls Kündigung nicht erfolgt, drei Monate weiter.
3. Die Arbeitszeit ist in der Weise geregelt, daß die Bestimmungen des Rahmenarbeitsaufvertrages worden sind, dabei aber eine besondere Regelung der Mehrarbeit festzulegen hat. Die Mehrarbeit beträgt für die Arbeiter unter Tage und für die Arbeiter über Tage, die unmittelbar mit der Förderung zu tun haben, 1 Stunde für die Arbeiter in durchgehenden Tagesbetrieben beträgt die Mehrarbeit bis zu 2 Stunden. Sierben sind allerdings diejenige Arbeiter auszunehmen, die in besonders schwierigen Verhältnissen arbeiten. Die Mehrarbeit wird entsprechend der geleisteten Streifenzahl vergütet, aber ohne besonderen Zuschlag.
4. Diese Regelung entspricht im allgemeinen dem Zustande, wie er seit Monaten früherer Vereinbarung entsprechend bestanden hat. Die Regelung der Mehrarbeit tritt bis zum 31. März 1925 und kann zu diesem Zeitpunkt erstmalig mit zweiwöchentlichem Frist gekündigt werden.
5. Die Unparteilichen haben ferner zur Beendigung der Arbeitsverhältnisse vorgeschlagen, daß sämtlicher Arbeitnehmer, sobald und soweit es die Betriebsverhältnisse gestatten, wieder eingestellt und lediglich solche Arbeitnehmer ausgeschlossen werden dürfen, die sich schwerer Verstöße schuldig gemacht haben. Zur übrigen dürfen Bestimmungen nicht stattfinden. Die auszufällenden Maßnahmen sollen im Hinblick auf die tatsächlichen Verhältnisse nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses gelten.
6. Die Kasse wird bekanntlich durch Schiedspruch der von den Arbeitnehmern angenommen wurde, nämlich um 15 Prozent erhöht worden.

Nachdem der Vorsitzende, Vizepräsident Dr. Hausmann, die Verhandlungen abgeschlossen hatte, lud der Reichsarbeitsminister die Mitglieder des Schiedsgerichts und die Parteien, nachdem sie sich um dankte für die in den dreitägigen Verhandlungen geleistete außerordentlich wertvolle Arbeit. Er wies auf die ungewöhnliche Bedeutung der vorliegenden Verhandlungen hin und auf die für die Parteien Verantwortlichkeit, die Parteien namentlich bei ihrer Entscheidung über den Schiedspruch zu tragen. Er dankte und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Arbeitsfriede im Ruhrgebiet möglichst bald hergestellt werde.

Abrechnung

Wien, 17. Mai. Wie der alte Bergarbeiterverband in teils, haben der Verband der Bergarbeiter Deutschlands und der Gewerkschaften der Bergarbeiter den gestern in Berlin gefällten Schiedspruch einstimmig akzeptiert.

Widerspruch der Kommunisten

Wien, 17. Mai. Welches Ergebnis auch immer die Berliner Verhandlungen gehabt hätten, die Kommunisten wären niemals damit zufrieden gewesen. Sie glauben jetzt, wenigstens zum Teil, am Ziel ihrer Wünsche zu sein, einen neuen Lohnverträgen im Ruhrgebiet einzuführen zu können als

Grundlage für das neue kommunistische Paradies, einmal mit Hilfe der feiernden Bergleute, deren große Not jetzt nach vierzehntägigem Vornausgang erst richtig fühlbar wird, und dann mit Hilfe der durch den Bergarbeiterausstand ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogenen Metallarbeiter. Der gestern in Düsseldorf abgehaltene kommunistische Metallarbeiterkongress für Rheinland und Westfalen war allerdings ein Fehlschlag. Es kam nicht einmal ein Streikbeschuß heraus, sondern nur eine matte Entschließung, die die Delegierten auffordert, erst nochmals die Betriebe zu bearbeiten mit der Parole Ausrückung des Maschinenbestandes und geschlossenes Verbot der Betriebe nach acht Stunden. Bis Mittwoch, den 21. Mai, hoffen die kommunistischen Drahtzieher, daß eine erneute Konferenz auf noch breiterer Grundlage im Werke sein werde, nach der Entschiedenheit der Bergleuten den Metallarbeitersstand allgemein anzusprechen.

Nicht nur im Hinblick auf dieses Ziel, sondern vor allem um das, was sie durch das vollständige Stilllegen des Ruhrgebietes bereits seit den Händen zu haben glauben, auch weiterhin für ihre politischen Zwecke benutzen zu können, gebietet sich die kommunistische Presse über den Berliner Schiedspruch geradezu toll. Sie nennt die Berliner Entschcheidung einen Streikbeschuß, eine freie Proklamation der Bergarbeiter, eine zynische Verhöhnung des Glanzes des Bergarbeiterstandes und kündigt an, daß die holländischen Arbeiter, Zerkleinerer und Gewerkschaftsvertreter' dem Arbeiterparlament das haben sollten, was sie über den von ihm wünschten, die Fortsetzung des Kampfes mit allen Mitteln. Jetzt erst beginne der wirkliche Kampf mit allen Konsequenzen und bis auf Weiteres Nieder mit der Hebererde! Aber je wütender sich die Kommunisten aufspielen, um so mehr gesehen sie die Schwäche ihrer Stellung ein.

Die Arbeiterkonferenzen der Bergarbeiterverbände werden diesmal wohl nicht wieder den Kommunisten in die Hände arbeiten und dem Wunsch des kommunistischen Betriebsratskongresses, der, wie zu erwarten, morgen vormittag in Völsung abgehalten wird, mit der Tagesordnung: 'Das Berliner Diktat und die Gegenmaßnahmen der Bergarbeiter' der Beschluß entgegenzusetzen, daß ungenügend die Mitglieder der Bergarbeiterverbände die Arbeit wieder aufnehmen haben. Denn wenn man den Berliner Schiedspruch übertrifft, muß man zu dem Urteil kommen, daß er den Wünschen der Bergarbeiter so weit wie möglich gerecht wird; namentlich sind alle die Vermögenslagen, die die Bergarbeiterverbände an dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministers und an der Verbündetenklärung des Reichsarbeitsministers gemacht hatten, auszuwärt.

Wochsum, 17. Mai. Unter den Kommunisten wird gegenwärtig eine eifrige Arbeit für einen Allgemeinanspruch in der nächsten Woche betrieben. Auf dem Schiedsgericht war eine Versammlung der Union der Gewerkschaften und der Bergarbeiter, die von 2000 Bergarbeitern besucht war. Die Vertreter trafen mit allen Mitteln die Bestimmung für den Generalstreikbeschuß zu gewinnen.

Die Revierkonferenzen der Bergarbeiterverbände

Wochsum, 17. Mai. Als gutes Zeichen darf es vielleicht gelten, daß die Revierkonferenzen der Bergarbeiterverbände, die zu dem Berliner Schiedspruch Stellung nehmen, bereits heute abgeschlossen werden. Die Vertreter der Gewerkschaften sämtlicher Bergarbeiter sind bereits heute vormittag in Völsung zusammengetroffen, und die Revierkonferenz des sozialistischen Alpen Bezirkes ist heute nachmittag ebenfalls in Völsung. Man darf wohl daraus schließen, daß es den Verbänden darum zu tun ist, schnell eine klare Entscheidung herbeizuführen, damit gegebenenfalls am Montag die Arbeit im Ruhrbergbau allgemein wieder aufgenommen werden kann. Auch im Hinblick auf die kommunistischen Wählerkreise ist die schnelle Arbeit der Bergarbeiterverbände von größter Bedeutung. Diesmal sind die Revierkonferenzen der tariflichen Bergarbeiterverbände die Schrittmacher, nicht die morgige unterwerfliche kommunistische Revierkonferenzen. Entschieden sich die Revierkonferenzen für die Annahme des Berliner Schiedspruchs, dann kann morgen der kommunistische Betriebsratskongress ruhig die Fortführung des Generalstreiks beschließen. Außer einigen Rückschlüssen auf massalen Zechen erreichen die Kommunisten gegenüber zunehmenden Beschlägen der Revierkonferenzen sicher nichts.

Benech in Rom

Außenminister Benech hatte Freitag mit Mussolini zwei Unterredungen in Rom gehabt. Vor Journalisten gab er eine Erklärung ab, in der er den kommenden italienisch-französischen Handelsvertrag dahin präzisierter, daß er zwar eine Art Parallelvertrag zum französischen Vertrag sei, aber doch noch andere Zwecke verfolgte. Während der Vertrag mit Frankreich gemeinsame Interessen in Bezug auf Deutschland habe, bezog sich der Vertrag mit Italien nicht auf Deutschland. Er hoffe ferner, daß Jugoslawien mit Frankreich einen ähnlichen Vertrag wie die Tschechoslowakei abschließen werde, aber er wüßte sich in diese Dinge nicht ein.

Belgrad, 16. Mai. Ein Unbekannter ließ gestern abend im Hause des Ministers des Außen Reichsminister eine Schachtel mit dem Bismarck zurück, die enthalte Gegenstände für den persönlichen Gebrauch des Ministers. Den Unbekannten zu nennen, heuerte er sich. Wellington Koo ordnete heute mittag an, die Schachtel zu öffnen, während er selbst in seinem Studierzimmer verbleibe. Als die Kiste den Deckel abnahm, explodierte sie in der Schachtel befindliche Bombe und verwundete drei Diener, deren Zustand bedenklich ist.

Die Vorbereitung des italienisch-tschechischen Bündnisses

Rom, 17. Mai. Bei einem Empfang der Pressevertreter erklärte der tschechoslowakische Minister des Auswärtigen, Benech, bereits im August 1923 habe sich bei einer Zusammenkunft mit Mussolini gezeigt, daß in den beiderseitigen Gesichtspunkten ein herzliches Einverständnis bestanden habe, weil ihnen die Aufrechterhaltung des Friedens in Mitteleuropa, gewissermaßen die Bestätigung der Verträge, die immer herzlichere und tiefere Befestigung der Beziehungen zwischen Italien und der Tschechoslowakei zugrunde gelegt hätten. Der Minister fuhr fort:

Ich lege Wert darauf, für die öffentliche Meinung in Italien festzustellen, daß die Haltung der Tschechoslowakei immer geordnet und gleichartig gewesen ist. Seit dem August trat ein neues und glückliches Ereignis für Italien und die Tschechoslowakei ein, nämlich die endgültige Regelung der orientalischen Frage und der Handelsvertrag zwischen Italien und Süditalien. Ich würde mich sehr freuen, wenn auch die Tschechoslowakei dem italienisch-süditalienischen Verband beitreten könnte. Ich werde mit Mussolini über die politischen und wirtschaftlichen Argumente sprechen. Die politischen Fragen können in vier Punkte zusammengefaßt werden, und zwar sind dies:

1. Aufrechterhaltung des Friedens im Geiste der Verträge.
2. Aufrechterhaltung der Ordnung in Mitteleuropa, zu der wir innerlich durch immer größere Befestigung der Beziehungen zu unsern Nachbarn beitragen werden.
3. Wägen für den Fall, daß sich in der Zukunft in Mitteleuropa etwas Meinungsverschiedenheiten oder Schwierigkeiten ergeben, Italien und die Tschechoslowakei schon jetzt gewisse Abmachungen treffen, nach denen beide Mächte und zwar jede in ihrer Sphäre, gemeinsam an der Beilegung der Schwierigkeiten arbeiten, die etwa den Frieden nach dem Geiste der Verträge und der Ordnung in Mitteleuropa fördern können.
4. Hat die Tschechoslowakei gegenwärtig, wo der Handelsvertrag zwischen Italien und Süditalien eine vollendete Tatsache geworden ist, als Bewunderer Jugoslawiens und als Freund Italiens den Wunsch, dieser Verbindung durch ein italienisch-tschechoslowakisches Abkommen beizutreten in einer solchen Form und unter solchen Bedingungen, die beiderseitig und zweckmäßig erscheinen werden.

In Beantwortung einer Anfrage erklärte Benech dann, die Tschechoslowakei habe kein Interesse an dem von Italien und Frankreich getroffenen Abmachungen und Italien könne sich auch nicht für das Sonderabkommen zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich interessieren, das sich auf den alten Art von Problemen, die durch die deutsche Frage beherrscht würden, bezöge. Schließlich erklärte der Minister, er beabsichtige, das Handels und die Eisenbahnen zwischen Italien und der Tschechoslowakei endgültig zu regeln, ferner die Kriegsschulden der Tschechoslowakei an Italien, für die Einstellung der tschechoslowakischen Legionen usw

Zum deutsch-russischen Zwischenfall

Die Sowjetregierung hat in Berlin eine Note überreichen lassen, in der sie für den Zwischenfall in der russischen Handelsvertretung in Berlin nach verschiedenen Richtungen Genugtuung verlangt. Schon vor diesem diplomatischen Schritt Russlands ist der Leiter der politischen Abteilung der Berliner Polizei, Oberregierungsrat Dr. Weich, beurlaubt. Diese Maßnahme ist von einigen Blättern als der Anfang einer Gleichaktion der deutschen Regierung Russland gegenüber ausgelegt worden. Die Unterbrechung der russischen Note gibt manchen Zeitungen Veranlassung dazu, denselben Ton anzuschlagen. Da der Zwischenfall offensichtlich weiterer diplomatische Schritte geben wird, scheint es angebracht, zu dem ganzen Fall einmal Stellung zu nehmen, und zwar unter Verwertung genauer Informationen über den Sachverhalt.

Es wird zunächst betont, daß die russische Note nicht der erste diplomatische Schritt in dieser Angelegenheit gewesen ist. Vielmehr hat Deutschland schon vorher in Moskau Protest erhoben gegen die skandalöse deutschfeindliche Propaganda, die in russischen Städten, so namentlich in Odesa und in Moskau aus Anlaß des Zwischenfalls unter stillschweigender Duldung der russischen Regierung gegen Deutschland, entfaltet worden ist.

Was nun den Fall selbst anlangt, so muß man Ursprung und Folge, Ursache und Wirkung ganz genau unterscheiden. Der Ursprung der ganzen Affäre und die Ursache des ganzen Zwischenfalls ist die widerrechtliche Besetzung eines neuen Hochverrats verurteilten deutschen Kommunisten durch Angehörige der Handelsvertretung. Daran wird und muß festgehalten werden. Die nächste Folge dieser ersten Handlung ist die Berliner Polizeialaktion. Dabel sind ganz zweifellos Verträge vorgekommen. Der amtliche preussische Bericht, der die diplomatischen Verhandlungen des Falles zugrunde gelegt wird, läßt darüber gar keinen Zweifel. Der erste Verstoß lag darin, daß die Aktion, wie Dr. Weich selbst zugibt, auf dessen eigene Verantwortung unternommen worden ist, ohne daß dem preussischen Innenministerium Kenntnis gegeben wurde. Damit handelte Dr. Weich gegen eine bestehende Vorschrift, was ausdrücklich bestimmt war, daß das Auswärtige Amt bei polizeilichen Vorgehen gegen die russische Handelsdelegation unterrichtet werden sollte. Diese Information sollte durch Vermittlung des preussischen Innenministeriums vorgenommen werden, und deshalb mußte dieses Ministerium von der Berliner Polizei vorher in Kenntnis gesetzt werden. Dies ist nicht gescheh. Ferner steht fest, daß die Polizei auch Mitglieder der russischen Volkspolizei, die in der Handelsdelegation arbeiten und zweifellos erweiterter Rechte genießen, in polizeilichen Gewahrsam genommen und aus ihren Zimmern entfernt worden sind. Auch dies ist in dem Polizeibericht zugegeben. Die ausführenden Polizeibeamten haben sich um die diplomatischen Ausweispassiere der Russen eingelassen, was nicht weiter geklämert.

Der preussische Innenminister hat aus diesen Vorfällen vollkommen von sich aus die Folgerungen gezogen und Dr. Weich als den Verantwortlichen beurlaubt. Das Auswärtige Amt hat mit dieser ganzen Angelegenheit nicht das geringste zu tun. Es hat den amtlichen preussischen Bericht lediglich als Grundlage zu betrachten, um fernerhin die diplomatischen Verhandlungen zu führen. Dabel ist es leider nicht zu vermeiden, daß für die polizeilichen Übergriffe gegen erweiterter Mitglieder der russischen Volkspolizei die übliche diplomatische Genugtuung gegeben wird. Auch Mussolini, dem man gemäß keine feindschaftliche Stimmung nachtragen kann, hat in einem ähnlichen Falle, in dem die italienische Polizei in die Räume einer russischen Handelsvertretung eingedrungen war, ebenfalls Genugtuung gefordert und sich entschuldigt. Dem Auswärtigen Amt wird in den Fällen, in denen polizei-

einige wirtschaftliche und Rohstofffragen es sei davon überzeugt, daß die Zukunft der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und der Tschechoslowakei sehr glücklich sein werde, wenn man beachte nur den häufigen Fortschritt im Handel der beiden Nationen in Betracht zu ziehen. Benech fügte noch hinzu, daß das Jahr 1924 das Jahr der Konsolidierung Europas sein werde. Wenn die drei großen westlichen Mächte England, Frankreich und Italien zumutungsbereit wären, werde der Prozeß der Konsolidierung um vieles schneller vor sich gehen.

Der Streit auf den Seeschiffswerften
Hamburg, 17. Mai. Die überlange Zeit schon mehr als zehnwöchige Arbeitsruhe auf den Schiffswerften hat in den letzten Tagen wieder zu zwei Versammlungen der Werftarbeiter geführt, in denen die Lage der Arbeiterfrage, die näherende unheilvolle Gefahr ist, zur Sprache kam. Eine dieser beiden Versammlungen in Altona war radikal und zeigte am Ende trotz der unangenehmen Not keine Neigung zu einem Ausgleich. Dagegen trat in der zweiten Versammlung, die in Hamburg war, um es einschüdernde die Tatsache hervor, daß ein längerer Kampf von der Arbeiterfrage wirtschaftlich nicht getragen werden kann.

Es wurde ein Ausschuss gebildet und mit Vollmacht ausgestattet, um die Sache erzwungen Verhandlungen zu führen. Die Seeschiffwerften erklärten sich hierzu bereit. Das Neuartige dieser Verhandlungen besteht darin, daß diesmal der Schlichtungsausschuss ganz aus Arbeitern besteht. Die Verhandlungen werden in einem engen Kreise, der nur aus Vertretern beider Parteien bestand, geführt werden, und zwar in den Geschäftsräumen des Verbandes der Eisenindustrie in Hamburg. Sie begannen am 16. Mai normal und sind dem Vernehmen nach durch ein vorläufiges, noch unverbindliches Ergebnis heute abgeschlossen worden. Ueber die materielle Grundlage des Ergebnisses liegen nähere zuverlässige Nachrichten bis zur Stunde noch nicht vor. Sie sollen, wie man hört, Anfang kommenden Woche dem Plenum einer jeden Partei zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Wie die Dinge liegen, dürfte es von der Urabstimmung der Werftarbeiterfrage abhängen, ob die Arbeit wieder aufgenommen wird oder nicht.

Sieg der Vertreter der arisi. Volkspartei
Dresden, 12. Mai. Gestern fanden in Sachsen die Elternratswahlen statt. Nach den bisherigen Meldungen scheinen die Vertreter der christlichen Volksschule diesmal einen überaus glänzenden Sieg über die Anhänger der weltlichen Schule, deren Vertreter fast ausnahmslos nur bei radikal sozialistischer Teil der Lehrerschaft ist, errufen zu haben. Selbst in Chemnitz erzielten die Anhänger der christlichen Elternvereine 131 Stimm gegen die sozialistische Gegenparte. Auch in Dresden haben die Anhänger der evangelischen christlichen Schule 105 Stimm mehr errungen als die Sozialisten, wobei die kirchlichen Schulen bei denen keine Wahlen stattfanden, nicht eingerechnet sind. Das bedeutet eine so klare Abgabe, selbst der sozialistischen Eltern auf die radikale Volksschule, daß hier nichts hinzuzufügen zu werden braucht.

Zwei Angehörige der vierländischen Verbände verurteilt
Halle, 15. 5. In Halle gingen Verurteilungen, daß der Mitglieder der bairischen vierländischen Verbände, die in Halle am Vortage verurteilt worden haben, verurteilt seien. Einen dieser Angehörigen habe man mit zahlreichen Zeugnissen und zusammengehörigen Beinen vor dem Lande in Halle, Brandenburg an der Havel, verurteilt. Die Angehörigen der vierländischen Verbände seien verurteilt worden, daß sie am 1. Mai in Weimar an der Saale gesessene Versammlung der vierländischen Verbände in Halle abgehalten hätten. Die Angehörigen der vierländischen Verbände seien verurteilt worden, daß sie am 1. Mai in Weimar an der Saale gesessene Versammlung der vierländischen Verbände in Halle abgehalten hätten.

Radio-Unterhaltung im D-Zug
Berlin, 17. Mai. Eine interessante Neuerung auf dem Gebiete des Radio wurde von einer Berliner Firma Reichsbahnbetriebe in der D-Zug Hamburg-Berlin durchgeführt. An jedem Schalter eines Wagens war ein Kopfhörer angebracht, in dem die Radio-Vorführung des Vorhanges in Berlin aufgenommen worden konnte. Der Empfang in Bezug auf Lautstärke und Reinheit blieb unabhängig von der Entfernung von Berlin aus gleich durch das Geräusch des Zahrens keinerlei Beeinträchtigung.

Weißer Zähne
Jahreszahl Chlorodont. Gegen alle Mundgerüche und auch mit Seltis Chlorodont-Flüssigkeit verwendet.

Der neue 'Dreibund'
Denselben Unterhandlungen
London, 15. 5. Nach einem Telegramm der 'Morning Post' und Belgien erklärte der schweizerische Außenminister Dr. Bessol, seine Reise nach Rom habe die Aufgabe, über das italienisch-schweizerische Bündnis zu verhandeln. Ueber die Einzelheiten des neuen Dreibundes könne er noch keine Mitteilungen machen. Weiterhin werde über die Stellung der Verbündeten zur russischen Frage verhandelt werden.

Niederlage des englischen Sozialismus
Rheine Sozialisierung der Vereine.
London, 18. Mai. Das Unterhaus hatte heute eine interessante Debatte über 'die Nationalisierung' des englischen Bergbaus, die durch einen von der Arbeiterviertel ausgehenden Antrag veranlaßt wurde. Lloyd George griff mit einer sehr lebhaften Rede in die Debatte ein und bekämpfte den Antrag auf das schärfste als das erste Beispiel der neuen sozialistischen Ordnung, die die Regierung einführen will, sobald sie die Mehrheit hat. Die Nationalisierung des Bergbaus würde darin bestehen, daß, wenn die Gruben mit Profit arbeiten, dieser Profit zu den Angehörigen der Industrie zurückgehe, während er sonst dem Staat gezogen werden sollte. Der neue Sozialisierungsplan verlangte also vom Parlament einen Blankoscheck, der von den Steuerzahlern gedeckt werden sollte. Das ganze wäre ein glänzender Trick, der das gesamte Wirtschaftsleben des Landes irritieren würde und zwar nicht im Interesse des ganzen Volkes, sondern nur einer kleinen Mehrheit.

Ein anderer liberaler Abgeordneter wies auf die Erfahrungen der Kriegszeit hin. Von 1915 bis 1921 sei die Nationalisierung in Kraft gewesen. Die Folge davon war, daß die englische Kohlenproduktion in diesem Zeitraum von 253 Millionen Tonnen auf 229 Millionen Tonnen fiel, während die Zahl der Arbeiter sich von 950 000 auf 1 250 000 erhöhte. Die einzige Folge einer solchen Forderung könne nur darin bestehen, daß der Verbrauch der Kohlen zu tragen hätte.

Die Debatte verlief sehr erregt und besonders Lloyd George wurde während seiner Rede verfolgt durch heftige Zurufe aus den Arbeiterviertel unterbrochen. Der Antrag wurde schließlich mit 284 gegen 1668 Stimmen abgelehnt.

Der Konflikt Amerika - Japan
London, 15. Mai. Nach Telegrammen aus Washington wird in der diplomatischen Kreise die durch das Einmündungsverbot gelöste Frage zwischen Amerika und Japan mit Besorgnis betrachtet. Die auf dem Kongress beschlossenen Maßnahmen seien unmittelbar vor ihrer Durchführung. Die Frage, ob der Präsident unterzeichnen werde, ist zwar noch immer unentschieden, aber die allgemeine Ansicht geht dahin, daß ihm kein anderer Weg übrig bleibt, besonders mit Rücksicht auf die harte Haltung des Senats. Die ganz Aufmerksamkeit politischer Kreise richtete sich darauf, welche Gegenmaßnahmen die japanische Regierung ergreifen wird, sobald die Gesetze in Kraft treten. In politischen Kreisen wird damit gerechnet, daß sie wahrscheinlich ihren Vorschlag abändern und nur einen Geschäftsträger in Washington lassen werde. Nach weiteren Meldungen aus Washington betraf Präsident Coolidge den Führer des Repräsentantenhauses zu sich und stellte ihm nochmals die dringende Notwendigkeit vor, das Verbot der japanischen Einmündungen bis zum Abschluß der diplomatischen Verhandlungen auszuschieben. Auch der Staatssekretär Hughes, der bei dieser Unterredung anwesend war, drückte die größte Besorgnis der Regierung über diese Angelegenheit aus.

und daß Dr. Marx genau mit der Wahlrechtsbildung beauftragt werden würde.
Nach dem 'Volk' wurde in den Besprechungen als der bei den Parteien der Mitte vorherrschende grundsätzliche Gedanke erörtert, daß man ein Zusammenwirken mit den Deutschnationalen in der neuen Regierung für wünschenswert hält unter der Voraussetzung, daß diese ihren außenpolitischen Kurs festlegen. Ferner sei davon die Rede gewesen, daß die drei Mittelparteien ein neues politisches Programm ausarbeiten, das zur Grundlage der voranschreitlich bevorstehenden Verhandlungen mit den Deutschnationalen dienen könnte. Nur eine kleine Gruppe der Demokraten schein die Absicht zu haben, nicht an einem großen übergreifenden Block sich zu beteiligen, sondern aber an dem Ergebnis nichts ändern dürfte.

Die nächste Zusammenkunft der Parteiführer der Mitte wird am Montag stattfinden.

Sitzung des Reichskabinetts
Berlin, 18. 5. Das Reichskabinetts schickte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Vandaugen der Sachverständigen und den sich daraus ergebenden deutschen Vorschlägen, konnte jedoch noch zu keinen Beschlüssen kommen, da die Vorschläge des Reichs noch nicht weit genug gediehen sind.

In einer Besprechung, die die Führer der Fraktionen der Mitte gestern im Reichstag abhielten, herrschte Uebereinstimmung darüber, daß die Fraktionen ihre Haltung gegenüber den Deutschnationalen in der Frage der Regierungsbildung davon abhängig machen wollen, wie die Deutschnationalen sich zu den außenpolitischen Fragen stellen wollen. Im übrigen stand die Besprechung unter dem Eindruck, daß der Gedanke eines Koalitionsschlusses der Mitte nicht mehr durchführbar sei, nachdem die Fraktion der Deutschen Volkspartei diesen Gedanken unabweislich als unmöglich abgelehnt hat. Diese Besprechungen der Parteiführer sollen Montag fortgesetzt werden.

Ansland
Ministerbesprechungen in Mailand

Rom, 18. Mai. (Gegner Fraktion). Wie die Agencia Stefania meldet, fand heute in der Villa di Capri die erste Unterredung von Mussolini und den belgischen Ministern Tonnis und Ghyssels statt. Die belgischen Minister unterrichteten Mussolini von ihren Besprechungen, die sie in Paris und London über das Reparationsproblem hatten. Die 3 Minister prüften die durch das Sachverständigen-Gutachten geschlossene Lage. Die Besprechungen dauerten 2 1/2 Stunden. Sie sollen morgen fortgesetzt werden.

Außerordentlicher Kabinettsrat in Paris

Paris, 18. 5. Die Minister sind heute nachmittag zu einem außerordentlichen Kabinettsrat zusammengetreten. Nach Beendigung ist folgende Kommunique ausgegeben worden: Der Finanzminister hat seine Kollegen über das Ergebnis der Verhandlungen in Kenntnis gesetzt, die er erzielte hat, um ein weiteres Sinken des Frankens zu verhindern. Der Kabinettsrat hat beschlossen, daß der Finanzminister seine dringende Politik fortsetzen soll.

Macdonald kommt nach Paris

London, 17. Mai. In heftigen politischen Kreisen ist man der Meinung, daß Macdonald dem neuen französischen Ministerpräsidenten in Paris einen Besuch abstatten werde, falls dieser nicht nach London kommen könnte. Es werde sich um eine offizielle Konferenz zur Besprechung des Reparationsproblems handeln. Endgültige Besprechungen der Verbündeten können nicht abgehalten werden, bevor eine neue französische Regierung gebildet ist. Im großen und ganzen erscheint es wahrscheinlich, daß eine interalliierte Konferenz abgehalten werden muß, bevor ein wirklich entscheidender Schritt getan werden kann, aber es ist zu bezweifeln, daß eine solche Konferenz vor Ende Mai oder Mitte Juni abgehalten werden kann.

„Wein Sohn hat mir's so versprochen, sprach Iesse die Dirne und unter der Rede räusperte, „und du wirst ihm wohl daraus sein' Wortwort machen, Sternsteinhofbauer, daß er auf Ehr' halt!'
„Or mit, 's Versprechen is rächt ehrbar, aber was's Daiten angeht, da hab' ich ed'n auch ein Wortl d'rein z'reden.“
„Das is vor Gott und Menschen dein' Recht.“
„Daran hab' er eben denken soll'n, bevor er d'rein fricht.“
„Ich hätt' mich nit herg'traut, wenn ich mir nit g'loß wär, daß ich dir einmal da berod'n kein' Schand' machen würd'; weil ich mir aber des' g'miß bin, daß ich die in kein'm Weg eine machen tät, so bin ich ge'tommen, dich mit angefohenen Händen zu bitten, laß du ihn sein Wort halten!“
Der Bauer kniff die Augen zusammen.
Dreißer merdend fuhr die Dirne fort: „Mitt's Vertrauen hab' ich zu dir. Schau, was ich schriftlich von ihm hab'.“
„'s hat kein' Giltigkeit,“ schaltete der Alte ein.
„Du sag'st's und dir muß ich glauben. Aber in deine Hände leg' ich's z'rede, sie drücke ihn das zerrittene Papier in die Rechte, welche sie dabei mit beiden Händen anfaßte und nicht mehr losließ. „Ein mündlich' Wort aus, mein ganz's Bild und Leben, mein' Ehr' und Hoffen leg' ich in deine Hand, von dir allein erwart' ich's wieder!“ Sie lag ihre mit großen, lebenden Augen an, die sich langsam mit Tränen füllten, so daß jetzt Tropfen auf Tropfen über ihre Wangen rollte.
Der Bauer trat einen Schritt zurück und sagte, die Achsel lächelnd, zur Alten: „Hinschieren, du wirst einsehn, all' das kein' Anderen's, das kann nit sein und geht nit auf dich d'eren's junge Blut, aber das ganze Jammerige, was' wär' uns als' allem' erspart' bleiben.“
„Halt' du, was' ich's g'loß, dein' Dirm' bewacht.“
Die Alte blinnte mit verdrehten Augen nach des Stübchens auf, die sollte Zeuge sein, wie hart und ungerecht sie da angelacht wurde.
Der Bauer hatte das Gelächersprechen Tonis entfallen.

den die Ange-erhalten sind, auch nicht abzugeben übrig bleiben. Dabei handelt es sich aber um diplomatische Verpflichtungen, die ganz und gänzlich sind und keineswegs um einen Krieger.
Die Russen gehen aber mit der Aktion, die sie aus dem an sich geringfügigen Ursprung der ganzen Affäre entwickelt haben, weit über das Ziel hinaus. Sie schreiben der deutschen Regierung außenpolitische Absichten zu, die gar nicht bestehen. Deutschland hat nicht die geringste Veranlassung, seine außenpolitischen Austausch mit Ausland gerichtete Politik zu ändern. Zudem geht aus dem Sachverhalt deutlich genug hervor, daß das Auswärtige Amt an der Politik völlig unbetätigt war, und deshalb werden auch die zu weitgehenden Forderungen der Russen abgelehnt werden. Deutschland wird sich nicht dazu verstehen, der russischen Handelsdelegation die extraterritorialen Rechte zuzugestehen, die die Note verlangt. Sie wird ebensowenig eine Forderung annehmen, die sich auf die Bestrafung der Schuldigen bezieht. Ausland hat nur soweit ein Recht an Erstattung, als seine extraterritorialen Rechte verletzt worden sind. Im übrigen aber ist, wenn von Schuld auf deutscher Seite gesprochen werden soll, die Gerechtigkeit genau ebenso schuldig. Denn der Ausgangspunkt des ganzen Zwischenfalls liegt in der unerhörten Frechheit, mit der sich die Angehörigen der russischen Handelsdelegation über des deutsche Hausrecht auf deutschem Boden hinwegsetzt haben. Die dieses Verhalten hat Deutschland Genugtuung gefordert. Das ist die einzig mögliche Bilanz des russisch-deutschen Zwischenfalls und sie wird in der deutschen Antwortnote gezogen werden.

Berlin, 17. Mai. Wie schon gemeldet, hat am Donnerstag die russische Regierung der Reichsregierung eine Note wegen der belgischen Durchsicht der Berliner Handelsdelegationen geschickt. Die die russische Regierung diese Note absandte, ist ihr von der Reichsregierung der Beschluß überreicht worden, die Angelegenheit durch einen Schiedsrichterlichen Ausschuss untersuchen und klären zu lassen. Auf dieses Verbot hat die russische Regierung in ihrer Note mit keinem Wort eingegangen. Die Note ist durchaus außerordentlich und diplomatisch. Die russischen Anforderungen diplomatisch zu beantworten. Die deutsche Regierung wird daher die russische Note nicht eher beantworten, als bis die russische Regierung ihre Stellungnahme zu dem deutschen Vorschlag gegeben hat.

Berlin, 15. Mai. Gegenüber dem Antrag der belgischen Reichstagsaktion auf Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags zur Behandlung des Zwischenfalls in der russischen Handelsdelegation haben mit Ausnahme der Kommunisten sämtliche Fraktionen des Reichstags entweder keinen Wert auf eine beratige Einsetzung gelegt oder sich dagegen ausgesprochen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordneter Dr. Schulz (D. S.) hat daraufhin der kommunistischen Fraktion mitgeteilt, daß kein Anlaß vorliegt, den Auswärtigen Ausschuss einzuberufen.

Politische Nachrichten
Deutschland
Zur Regierungsbildung

Berlin, 17. Mai. Wie der sozialdemokratische Parlamentarier meldet, führten die gestrigen Besprechungen der Führer der Koalitionsparteien in Gegenwart des Reichstags und des Reichsaussenministers zum Ergebnis, daß der gesamte nationale Block der Mitte infolge der Haltung der Deutschen Volkspartei nicht gebildet werden kann.
Auch die ultimative Forderung der Deutschnationalen sei erörtert worden; es sei anzunehmen, daß die Reichsregierung den Reichspräsidenten in den nächsten Tagen ersuchen wird, über die Regierungsbildung Verhandlungen aufzunehmen. Vorläufig dürfte die Regierung nicht zurücktreten, vielmehr werde damit gerechnet, daß ein eilt. Eintritt mit formeller Natur sein werde.

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angenrader.
(Machdruck verboten.)
Der Bauer schmauchte keine Pfeife ruhig fort, hat einen schlafigen Blick nach den beiden Frauen gemurmelt, sah dann eine gute Weile seinem Sohne boshaft in das Gesicht, ehe er ihn härter fragte: „Was soll denn das?“
„Das is sie, Bader,“ begann der Bursche mit stottern dem Vater. „Ich wollt' — daß du sie isch'n sollst, — weil du sie ja gar nicht mit kennst.“
„Was ein ganz unwillig Herbedienen“, murkte der Bauer. „D' sag' faul' ich auch nicht außer'm Saad.“
„D' sag' doch ein Erbarmnis mit den armen, vera schreien Beschleuten“, hat der Toni. „Ob' er aber an sie zu sagen haben, wann d' jetzt noch alles im Kochkessel verredst.“
Der Alte zog die Brauen in die Höhe. „Hol' dich du mich vor einer Verflüchtigung scheidet machen? Von einer mein' kann da kein' Weib' sein und für a fremde hab' dich isch' an aufkommen! Uebrigens müß'n d' Weibsteu' dich isch' z' sagen haben, aber du meng' dich nit kein' Wort d'rein, das beding' ich mir aus, sonst sein wir gleich fertig!“
„Mut, Bader, ich werd' mich mit kein' Wortl einmengen“, beteuerte der Toni. „Bei allem, was d' angibt und tut, wüß ich an mich halten! Aber das isch' dir auch g'loß, ich und meck' dir's gut, nie du dich heut' nit amst und gibst, das enscheidt' g'loßchen uns zwei' für alle künftige Zeit.“
„Schau, Bader, droh'n müßt' nit“, sel' ihm der Bauer mit aufsehendem Gutmütigkeit in die Rede. „'s Drohen führt zu nichts; denn ich mir's auch geg'n dich ganz abg'müht. Schau' du die Weibsteu' ihrer hoch' vorbringen, wer weiß, vielleicht kommt isch' mit ihnen besser auseinander, wie d' denkst.“ Er wandte sich nach der Diele. „Na, so red's.“ Als die so geraden Aufseherinnen lange keine Worte zu finden vermochten, trat er ganz nahe an die Dirne heran. „Dich hätt' ich wohl für jeder g'halten, wo du doch da auf'm Sternsteinhof Bäu' ein werd'n willst!“

Der Alte sagte, über die Achsel hinweg, raus zu Toni: „Du siehst man, was dabei h'ranskommt wenn Bub'n, kaum aus der Schul, sich in solche Sachen einlassen. Laß dir dein' Lebergelb' z'ucken. Schreib' da, schnehl' und soll'st doch wissen, daß's was der Ehrst, seiner Zeit' heißen müß'.“ Er geriet das Blatt in seine Stärke, die auf die Diele niederoben.
Da warf sich Helene vor ihm auf die Knie. „Storn's Sternhofbauer“, freuchte sie, „so wahr du a glückselige Sterbstund' hoffst, bring' nit aus, red' nit herum, erbarm' dich meiner Not! Ich hab' ganz auf'm Toni sein Wort veriraunt — sei du nit dawider.“ Sie rang laut ausschlagend die Hände.
„Dum, elendig!“ lachte der Alte. „So weit isch' schon mit dir, daß d' z' kein' Whissen's raus machst, eine in's Elend z'bringen! — Sieh auf, Dien'! Steh' auf, sag' ich!“
„Mit eber, Sternsteinhofbauer, um die Welt, nit eber und müßt' ich ein' Ewigkeit dalkeln, bis du berzeihst und mich mit ihm s'ammgibst!“
„No, no, kein' g'haidl! Weil du unvernünftig wark, kannst nit verlangen, daß's andere auch sein sollen! 's Weibcheu' laßt sich — jeder Gott's — nit immer ungscheuen machen, aber was mit in dem Fall' 'tun obliegt, das werd' ich auch tun, biestlich über Erwarten, denn Stargerei und Schmeierei laßt sich der Sternsteinhofbauer nit nachsagen.“ Er lachte sich ab und ging nach einem Schrant, an welchem er eine Lade herauszog.
Helene sah ihm mit glühenden, nun von Jenen Augen aus und hinter den geöffneten Alphen schlugen ihr die Bähne zusammen.
Der Alte fuhr fort: „Wie sich's weiter kilden wöck, das is' d'ermal nur Gott allein bewußt, aber wann's Not tut, so müß' ich auch für künftighin meine Hand mit von dir abziehen. Dir's erste, nim'm das! Er drückte dem Mädchen einen Bad' Banknoten in die Hand.“

Jede Druck-sache
Liefert schnell und billigst die Buch- und Steindruckerei
H. Chr. Sommer
Bad Ems und Diez
(Bestellung folgt.)

